

Die Verhandlungen über das TTIP aus polnischer Sicht

Anders als in Deutschland ziehen die Verhandlungen über das Handels- und Investitionsabkommen TTIP, die aktuell zwischen der EU und den USA stattfinden, in Polen **keine breite Aufmerksamkeit der Politik und der Medien** auf sich. Das Thema selbst, wie auch die möglichen Folgen des Abkommens, lösen ferner weitaus weniger Kontroversen als in Deutschland aus. Dies hat vielerlei Gründe – das allgemeine Desinteresse der Politik und der Öffentlichkeit an überregionalen außenpolitischen Themen soll hier ausgenommen bleiben.

In breiten Teilen der politischen Szene herrscht ein Konsens über eine **strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten**. Diese findet bislang vor allem auf der politischen Ebene statt. Zwar gehören die USA zu den größten Auslandsinvestoren in Polen, der Wirtschaftsaustausch mit den USA macht jedoch lediglich zwei bis drei Prozent des polnischen Außenhandels aus. Zum Vergleich, Deutschland ist mit Abstand der größte Handelspartner Polens: derzeit werden 25 Prozent der polnischen Gesamtausfuhr und etwa 22 Prozent der Gesamteinfuhr mit Deutschland abgewickelt. In der Liberalisierung der Handelsbeziehungen sieht die polnische Regierung dementsprechend eine Chance zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Kooperation mit den USA.

In diesem Sinne kündigte Ewa Kopacz in ihrer Regierungserklärung an, alle nötigen Anstrengungen vorzunehmen, um eine **rasche Unterzeichnung des Abkommens** zu forcieren. Diese Absicht untermauerte der neue Außenminister Grzegorz Schetyna in seiner Erklärung zu den Aufgaben der polnischen Außenpolitik in den Jahren 2014-2015, indem er die Entwicklung der Beziehungen mit den USA als eine der Prioritäten polnischer Außenpolitik bestätigte. Er zeigte sich erfreut über die Unterzeichnung des Freihandelsabkommen CETA mit Kanada; im Hinblick auf das TTIP hingegen äußerte er seine Überzeugung, dass die Unterzeichnung des Abkommens zur Stärkung der polnischen Wirtschaft und der Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Partnerschaft zwischen Europa und den USA beitragen wird. Des Weiteren strebt die polnische Regierung eine Zusammenarbeit mit den USA im Bereich Energie an, insbesondere bei der Erdgasförderung mittels Fracking. Es wurde bereits ein erster Vertrag zwischen dem polnischen Staatskonzern PGNiG und dem US-amerikanischen Unternehmen Chevron zur Förderung von Schiefergas unterzeichnet.

In den Regierungskreisen gibt es kaum skeptische Stimmen – lediglich der ehemalige Agrarminister Stanisław Kalemba stellte im Falle einer Liberalisierung die

Konkurrenzfähigkeit der europäischen Landwirtschaft angesichts strikter EU-Normen für die Lebensmittelproduktion in Frage.

Auch die **Oppositionsparteien** teilen überwiegend die positive Einstellung zum TTIP. Die Vertreter der Partei Recht und Gerechtigkeit um Jarosław Kaczyński unterstreichen die Vorteile der möglichen wirtschaftlichen Impulse. Die links-liberale Partei Deine Bewegung kündigte ebenfalls ihre Unterstützung des Abkommen an, allerdings mit der Einschränkung, dass die ökologischen Standards der EU berücksichtigt werden müssen. Eine klar ablehnende Position vertreten die polnischen Grünen. Anna Grodzka, die einzige Grün-Abgeordnete im polnischen Sejm, die früher der Partei Deine Bewegung angehörte, ist wohl die einzige bekannte polnische Politikerin, die sich lautstark gegen TTIP ausgesprochen hat und sich dabei ausführlich mit dem Thema befasst hat.

Der Bund der Demokratischen Linken **SLD vertritt eine kritische Haltung zu TTIP**. Es muss jedoch vorweggenommen werden, dass der SLD dem Thema nur wenig Aufmerksamkeit schenkt. Der Parteivorsitzende Leszek Miller forderte während der Europawahlkampagne die EU auf, im Hinblick auf die TTIP-Verhandlungen die Menschen- und soziale Rechte sowie die guten Arbeitsbedingungen und die Privatsphäre aller Europäer gegenüber internationalen Konzernen zu schützen. Ähnliche Bedenken äußerte die stellvertretende Vorsitzende des SLD und ehemalige MdEP Joanna Senyszyn. Sie warnte zudem vor dem allgemeinen Proamerikanismus in Polen und sprach sich für eine möglichst transparente Durchführung der Verhandlungen aus, um Proteste, ähnlich wie nach der Bekanntgabe der Einzelheiten des umstrittenen Anti-Piraterieabkommen ACTA, zu vermeiden.

Ferner sieht der Entwurf des TTIP die Einführung des sog. Investitionsschiedsverfahren (Investor-state dispute settlement, ISDS) vor. Dies gehört in vielen Staaten Europas, u.a. in Deutschland und Frankreich, zu den umstrittensten Aspekten des Abkommens. Kraft des bilateralen Investitionsabkommen mit den USA aus dem Jahre 1990 ist Polen jedoch bereits sehr breit angelegten Schiedsregeln ausgesetzt. Dadurch ist Polen einer der durch US-amerikanische Firmen am häufigsten verklagten Staaten. Die ISDS-Regelungen, die im TTIP-Entwurf vorgesehen sind, könnten also möglicherweise gar eine **Stärkung des polnischen Staates angesichts von Klagen der US-amerikanischen Investoren** zur Folge haben.

Zu den größten **Kritikern des TTIP** gehören Nichtregierungsorganisationen. Besonders die Stiftungen Instytut Globalnej Odpowiedzialności (IGO, Institut für Globale Verantwortung) und Panoptikon weisen auf die Risiken hin. IGO macht vor allem auf die Gefahren der Einführung des ISDS und die Deregulierungsmaßnahmen aufmerksam. Panoptikon setzt sich hauptsächlich für die Transparenz der Verhandlungen ein. Neben diesen zwei Organisationen unterzeichneten weitere 45

NGOs eine Petition mit der Forderung, die Verhandlungen transparent durchzuführen und sowohl eine Schwächung bestehender europäischer Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie Finanzmarktregeln, als auch die Einführung des ISDS zu verhindern.

Im Gegensatz zu vielen NGOs nehmen die polnischen Gewerkschaften nur selten Stellung zu den Verhandlungen. Der Gesamtpolnische Gewerkschaftsverband OPZZ verweist auf das Risiko der Senkung der Arbeitsstandards und Schwächung der Arbeitnehmerrechte. Hingegen engagiert sich die Basisgewerkschaft Inicjatywa Pracownicza (IP, Arbeiterinitiative), die zu den kleineren Gewerkschaften gehört, stärker gegen TTIP und unterstützt die Initiative der NGOs.

Trotz des Engagements der Zivilgesellschaft sind das Interesse an TTIP sowie die Opposition gegenüber dem Abkommen schwach. Laut Angaben des IGO, das für die Koordination der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP in Polen verantwortlich ist, haben sich nur ca. 2000 Polen der Aktion angeschlossen. Europaweit wurden bereits über 930.000 Unterschriften gesammelt.

Adam Traczyk

Warschau, den 24.11.2014